

Juso-Hochschulgruppe kritisiert die Ablehnung der Vollversammlung zur Begrenzung der Wahlplakate



Freiburg, den 03.06.2014

Wie schon im letzten Jahr will die Juso-Hochschulgruppe auch bei den diesjährigen Universitätswahlen den ausufernden Plakat-Wahlkampf eindämmen, doch in der Vollversammlung (VV) wurde ein entsprechender Antrag der Juso-HSG durch die Mehrheit der Vertreter*innen von bvs (Bündnis verfasste Studierendenschaft) abgelehnt.

Am 24. und 25. Juni finden an der Universität Freiburg die alljährlichen Uniwahlen statt. Das bedeutet auch, dass mit dem Wahlkampf eine Papierlawine aus Wahlplakaten und Flyern lostritt. Dieses Jahr sollte es anders werden: Die Juso-Hochschulgruppe stellte einen Antrag in der letzten Studierenden-Vollversammlung, mit dem Ziel die Wahlplakate zu begrenzen

„Die Studierenden sind das „Zutapezieren“ der Universitätsgebäude leid“, so Swantje Schirmer, Sprecherin der Juso-Hochschulgruppe. Die Idee: Statt in der ganzen Universität in Massen zu plakatieren, sollten in den Gebäuden der Universität an zentralen Orten Stellwände aufgestellt werden, an denen sich jede kandidierende Listevorstellen kann. Zudem sollte vermehrt auf Online-Wahlkampf gesetzt werden, indem im Internet die Wahlprogramme auf der Universitätsseite und auf eigenen Seiten zu finden sein werden.

„Wir sparen uns den Aufwand, den es erfordert, jedes Gebäude zu plakatieren, unsere Kommiliton*innen sind weniger genervt und zu guter Letzt sparen wir Papier, womit wir als Studierende zeigen, dass wir verantwortungsvoll mit Ressourcen umgehen können.“, stellt Kathrin Strauß, Sprecherin der Juso-Hochschulgruppe fest.

Ein entsprechender Antrag wurde in die nicht beschlussfähige VV eingebracht - und mit der Mehrheit der anwesenden Vertreter*innen von bvs gegen die Stimmen der Juso-HSG abgelehnt. Seitens des bvs folgte die Forderung, die Juso-HSG solle mit gutem Beispiel vorangehen anstatt Forderungen an alle zu stellen. „Die bvs-Vertreter*innen scheinen vergessen zu haben, dass wir uns bereits bei der letzten Uniwahl auf zwei Plakate pro Kollegiengebäude beschränkt haben. Die Bringschuld liegt jetzt aber eindeutig beim bvs.“ entgegnet Nils Lange, ebenfalls Sprecher der Juso-HSG.

Die Vorteile einer Plakatbegrenzung werden vom Fachschaftsbündnis, das dieses Jahr wieder mit zwei Listen zu den Senatswahlen antritt (bvs) und das größte Wählerpotential hat, komplett ignoriert. Zusätzlich berufen sie sich auf die Schwierigkeiten bei der Beschaffung und gerechten Verteilung der Stellwände.

„Die Ablehnung des Fachschaftsbündnisses bedauern wir sehr – schließlich sollten gerade sie als Vertreter der Fachschaften genau wissen, dass ihre Kommiliton*innen ein solches Vorhaben mehrheitlich befürworten.“, meint Yves Heuser abschließend. Die Universitätsleitung und auch einige der anderen Statusgruppen haben indes ein derartiges Abkommen grundsätzlich begrüßt.

